Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10912

04. 06. 98

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß)

zu dem Antrag der Abgeordneten Horst Sielaff, Anke Fuchs (Köln), Ernst Bahr, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/10266 –

Modellregion Allgäu

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, dem Deutschen Bundestag einen Bericht vorzulegen, sobald die Planungen zur Durchführung von beispielhaft regionalen Aktivitäten zur Stärkung der Landwirtschaft in der Modellregion Allgäu abgeschlossen seien, um dem Parlament Gelegenheit zu geben, über Ziele und Maßnahmen eines solchen Modells und deren Finanzierung zu beraten.

B. Lösung

Ablehnung des vorliegenden Antrages.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 13/10266 abzulehnen.

Bonn, den 27. Mai 1998

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Vorsitzender

Dr. Gerd Müller
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Gerd Müller

I.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 230. Sitzung am 23. April 1998 den **Antrag auf Drucksache 13/10266** zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und zur Mitberatung an den Haushaltsausschuß überwiesen.

II.

Mit dem Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 13/10266 soll die Bundesregierung aufgefordert werden, nach Abschluß der Planungen zur Durchführung von beispielhaft regionalen Aktivitäten zur Stärkung der Landwirtschaft in der Modellregion Allgäu einen Bericht vorzulegen, in dem

die Zielsetzungen und die Begründung für die beispielhaft regionalen Aktivitäten in der Modellregion Allgäu, die durchzuführenden Maßnahmen sowie der Umfang und die Finanzierung der vorgesehenen Maßnahmen durch den Bund, das Land Bayern und ggf. die EU sowie der beabsichtigte Förderzeitraum

darzustellen sind. Der Bericht soll zudem enthalten, inwieweit sich die geplanten Maßnahmen, ggf. auch in der Förderintensität von bereits jetzt praktizierten Maßnahmen unterscheiden. Des weiteren sei darzustellen, ob und in welchem Umfang spezialisierte Grünlandregionen vergleichbar zur Modellregion Allgäu in der Bundesrepublik Deutschland vorhanden und in welchem Verhältnis, „die modellhafte Erprobung regionaler Aktivitäten zur Stärkung der Landwirtschaft in spezialisierten Grünlandgebieten" (Drucksache 13/8783) zum bereits vorliegenden Vorschlag der Bundesregierung (Drucksache 13/8529) steht.

III.

Der mitberatende **Haushaltsausschuß** hat in seiner Sitzung am 27. Mai 1998 auf eine Mitberatung des Antrags verzichtet.

IV.

Der federführende **Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten** hat den Antrag in seiner 98. Sitzung am 27. Mai 1998 behandelt.

Seitens der Fraktion der CDU/CSU wurde ausgeführt, daß das Programm „Modellregion Allgäu" ein Pilotprojekt darstelle, bei dem es insbesondere um die Verbesserung der Absatzmöglichkeiten bei Milch, Rindfleisch und Zuchtvieh, die Stärkung der Marktstellung der Milcherzeuger durch Verbesserung der Molkereistrukturen, der Honorierung besonderer Leistungen für die Umwelt und die Erhaltung der Kulturlandschaft in Grünlandbetrieben sowie die Förderung von Erwerbskombinationen, insbesondere im ländlichen Tourismus gehe. Die Region Allgäu sei deshalb ausgewählt worden, da sie einen hohen Anteil an Grünland- und benachteiligten Gebieten habe sowie durch eine klein- und mittelbäuerliche Struktur gekennzeichnet sei. Zur Durchführung des Projektes sei eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Vorschläge für das Projekt erarbeite, die kurz vor dem Abschluß stünden. Nach Abstimmung des Konzeptes werde die Bundesregierung den Deutschen Bundestag und die Öffentlichkeit über die Projektinhalte umfassend informieren. Kernanliegen dieser Initiative des Bundeskanzlers sei es, die Korrekturbedürftigkeit der EU-Agrarpolitik im ländlichen Raum modellhaft an einer Region deutlich zu machen. Dementsprechend würden ergänzende Maßnahmen entwickelt, die eine Reihe neuer Elemente enthielten.

Im übrigen bleibe das Projekt für weitere Ideen offen. Nach Abschluß der modellhaften Erprobung werde geprüft, ob und wie die Erkenntnisse auch auf andere Grünlandregionen übertragen werden könnten.

Seitens der Fraktion der F.D.P. wird die Förderung ländlicher Räume grundsätzlich befürwortet. Es wird jedoch darauf verwiesen, daß die finanzielle Förderung zwischen EU, nationaler und regionaler Ebene geregelt werden müsse und eine Förderung strukturschwacher Gebiete nicht nur auf die Region Allgäu anwendbar sei. Im übrigen werde davor gewarnt, aufwendige Studien hierzu in Auftrag zu geben, da wesentliche Erkenntnisse hierüber bereits vorlägen.

Von seiten der Fraktion der SPD wurde darauf verwiesen, daß es nicht verständlich sei, warum diese Region in den Vordergrund der Aktion gestellt werde. Anlaß der Initiative sei vermutlich eine entsprechende Demonstration von Landwirten aus Bayern gewesen, worauf der Bundeskanzler angekündigt habe, daß man unabhängig von den EU-Regelungen neuartige Prämien und Subventionspraktiken erproben wolle. Es dränge sich daher der Verdacht auf, daß die Bundesregierung hier leichtfertig Zusagen gemacht habe, die jetzt umgesetzt werden müßten. Auch für andere Regionen Deutschlands, in denen stärkere Einkommensrückgänge zu verzeichnen seien und die Situation noch dramatischer sei als im Allgäu, wäre das Modell begrüßenswert. Darüber hinaus wurde kritisiert, daß nach dem jetzt vorliegenden Zwischenbericht das vorgesehene Projekt nichts Neues enthalte. Alles, was hier angeregt werde, werde bereits seit langer Zeit in einer Reihe von Ländern praktiziert, und auch die angesprochene Problematik, die nicht nur auf Bayern beschränkt sei, sei ausreichend bekannt. Dies betreffe insbesondere die Tourismusförderung auf dem Bauernhof, den Export von Zucht- und Braunvieh, und zwar sowohl

in Bayern als auch in anderen Ländern. Im übrigen sei die Frage der Finanzierung des Modellprojektes offen, da nicht erkennbar sei, aus welchem Titel die Kosten getragen würden.

Der Ausschuß hat mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 13/10266 zu empfehlen.

Bonn, den 27. Mai 1998

Dr. Gerd Müller

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333